

Katerstimmung in Serbien...

Opposition in Jugoslawien erdrückend – 200 000 auf der Strasse

BELGRAD: Angesichts des wachsenden Drucks der Opposition hat die serbische Führung um Staatschef Slobodan Milosevic am Donnerstag in Krisensitzungen über die gespannte Lage beraten. Nach der Massendemonstration von mehr als 200 000 Menschen in Belgrad drohte die Opposition mit dem Generalstreik, falls der Wahlsieg ihres Kandidaten Vojislav Kostunica nicht anerkannt wird.

«Wir werden alle Institutionen, Schulen, Theater, Kinos, Büros lahmlegen und alle auf die Strasse rufen», erklärte der Wahlkampfmanager des Parteienbündnisses DOS, Zoran Djindjic. Die Aktionen des zivilen Ungehorsams sollten solange andauern, bis Milosevic den Weg für Kostunica frei macht.

Der Heilige Synod, das höchste Beschlussgremium der serbisch-orthodoxen Kirche, erkannte am Donnerstag Kostunica als neuen jugoslawischen Präsidenten an. Die Kirchenführer riefen das Oppositionsbündnis auf, «das Staatsruder, das Parlament und die Gemeindekörperschaften in möglichst friedlicher und würdiger Weise



Fahnschwingend feiert die Opposition einen (noch) vermeintlichen Sieg. Der Wende in Jugoslawien dürfte in den nächsten Tagen nichts mehr im Wege stehen. (Bild: Keystone)

zu übernehmen». Die Kirche hat zwar keinen direkten politischen Einfluss, ist aber nach wie vor eine grosse moralische Autorität in Serbien.

Mehr als 200 000 Menschen folgten am Mittwochabend dem Aufruf der Opposition unter dem Motto «Er ist am Ende». Kostunica betonte in seiner Ansprache an die Menge, es werde keine Stichwahl am 8.

Oktober geben. «Wenn wir uns darauf einlassen, dann würden wir die Lüge anerkennen statt der Wahrheit. Wenn wir uns darauf einlassen, dann würden wir anerkennen, dass der Wille eines einzelnen Mannes, Slobodan Milosevics, stärker ist als der Wille des ganzen Volkes.» Kostunica rief Polizei und Armee auf, nicht Milosevics Familie, sondern das Volk zu

schützen. Auch in anderen Städten kam es zu Massendemonstrationen.

Ungeachtet der internationalen Anerkennung für den Wahlsieg Kostunicas und der wachsenden Protestbewegung veröffentlichte die staatliche Wahlkommission am Donnerstag das offizielle Endergebnis: Kostunica erhielt demnach 48,96 Prozent der Stimmen,

Milosevic 38,62 Prozent. Weil Kostunica die absolute Mehrheit verfehlt habe, werde eine Stichwahl am 8. Oktober erforderlich, meldete die amtliche Nachrichtenagentur Tanjug.

Absolute Mehrheit bald bestätigt?

Die Opposition geht dagegen aufgrund eigener Stimmauszählungen von einer absoluten Mehrheit für Kostunica aus: Demnach erhielt der Oppositionskandidat 52,54 Prozent, auf Milosevic entfielen lediglich 32,01 Prozent. Djindjic nannte das von Tarjug übermittelte Ergebnis einen schlechten Scherz. Die 15 EU-Staaten wollen nach Angaben eines Brüsseler Sprechers einer Stichwahl ihre Unterstützung versagen. Die EU-Staaten betrachteten Kostunica als den gewählten Präsidenten, sagte am Donnerstag ein ausserpolitischer EU-Funktionär in Brüssel. Ein zur Opposition zählender Vertreter der Wahlkommission, Sinisa Nikolic, teilte mit, der Vorsitzende habe dem Gremium das Ergebnis vorgelegt, ohne den Mitgliedern die Prüfung der Daten zu ermöglichen. Die Kommission habe die Ergebnisse von 300 der mehr als 10 000 Wahllokale ignoriert und die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen um 600 000 Stimmen niedriger angesetzt, sagte Nikolic.

NACHRICHTEN

Jiang Zemin in Nordkorea

PEKING: Chinas Staats- und Parteichef Jiang Zemin reist im November zu einem Besuch nach Nordkorea. Der Sprecher des Ausserministeriums sagte am Donnerstag in Peking, Jiang Zemin werde an den Feiern zum Gründungstag der nordkoreanischen Arbeiterpartei am 11. November teilnehmen. Der genaue Zeitplan und andere Details der Reise müssten noch ausgearbeitet werden. Der nordkoreanische Führer Kim Jong Il war im Mai überraschend zu einem zunächst geheim gehaltenen Besuch in Peking gewesen.

Berlusconi attackiert Amato

ROM: Der italienische Oppositionschef Silvio Berlusconi hat bei einem Treffen mit dem französischen Präsidenten Jacques Chirac die Regierung von Giuliano Amato attackiert. Dadurch löste er heftigste Reaktionen der römischen Mitte-Links-Koalition aus. Berlusconi, der am Mittwoch einen zweitägigen Besuch in Paris begonnen hat, erklärte Chirac, dass die Regierung Amato nicht legitim sei. «Die Italiener wollten Amato nicht und die Parteien, die ihn zum Ministerpräsidenten gemacht haben, haben das Vertrauen in ihn verloren und ihm einen anderen Premierkandidaten bevorzugt», sagte Berlusconi. Auf Grund dieser internen Situation sei die italienische Regierung im Ausland deutlich geschwächt, Amato repräsentiere das Land nicht. «Die Mitte-Links-Koalition sucht nach neuen Strategien, aber alles ist sinnlos. Alle wissen, dass die oppositionelle Mitte-Rechts-Allianz ab nächstem Jahr für das Geschick des Landes verantwortlich sein wird», betonte Berlusconi. Die Aussagen des Oppositionschefs bei Chirac lösten entrüstete Reaktionen der Regierungskoalition aus. Der Chef der Linksdemokraten Walter Veltroni, sprach von einer «unglaublichen Attacke gegen Italien.»

Prozess gegen Suharto geplatzt

Der ehemalige Diktator sei «zu krank» ...



Indonesien kommt nicht zur Ruhe – und die Probleme fangen nicht erst beim «Erbe» des Suharto an. Gestern kam es erneut zu einem Gewaltakt – diesmal wurde ein Bus von Suharto-Gegnern in Brand gesteckt. Suharto selbst scheint sich in der Zwischenzeit hinter einer Krankheit zu verstecken.

JAKARTA: Der Korruptionsprozess gegen den früheren indonesischen Präsidenten Suharto ist vorerst geplatzt. Nachdem unabhängige Ärzte den 79-jährigen aus Gesundheitsgründen für prozessunfähig erklärt hatten, wies das Gericht in Jakarta die Anklagepunkte zurück.

«Die Anklage gegen Suharto kann nicht akzeptiert werden», sagte der Vorsitzende Richter Lalu Maryun. Zudem wurde die Regelung aufgehoben, wonach Suharto die indonesische Hauptstadt Jakarta nicht verlassen darf. Die Staatsanwalt-

schaft kündigte umgehend Berufung an. Das 24-köpfige Medizinteam hatte zuvor dem Gericht berichtet, der Ex-Präsident sei nach drei Schlaganfällen nicht in der Lage, komplizierte Fragen zu verstehen. Suharto verständigte sich «wie ein Kindergartenkind», sagte einer der Ärzte. Er brauche bis zu einer Minute, um einfache Nachfragen zu beantworten.

Suharto selbst war auch am dritten Prozesstag nicht vor Gericht erschienen. Vor dem Gerichtsgebäude in Jakarta demonstrierten etwa 600 Suharto-Gegner. Bei gewaltsamen Zusammenstössen mit der Poli-

zei wurden nach Augenzeugenberichten mehrere Studenten verletzt. Zuvor war in der Nacht in der Hauptstadt erneut eine Bombe explodiert. Bei der Detonation vor dem Büro einer Menschenrechtsorganisation wurde niemand verletzt.

Suharto wird vorgeworfen, in den 32 Jahren seiner Herrschaft mehr als 571 Millionen US-Dollar an öffentlichen Mitteln abgezweigt zu haben. Im Mittelpunkt des Prozesses stand veruntreutes Geld aus von Suharto und dessen Kindern kontrollierten Wohltätigkeitsstiftungen. Suharto habe sich schamlos bedient.

Einigung auf EU-Niveau

BRÜSSEL: Die EU-Staaten haben sich auf einen gemeinsamen Fonds für die Kosten der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen geeinigt. Für die Jahre 2000 bis 2004 stehen insgesamt 216 Mio. Euro (rund 340 Mio. Franken) zur Verfügung. Dies teilte der deutsche Staatssekretär im Innenministerium, Henning Schapper, beim Treffen der EU-Innen- und Justizminister am Donnerstag in Brüssel mit. Aus dem EU-Topf werden künftig sowohl die Kosten für die Aufnahme, Unterstützung und Integration von Flüchtlingen als auch Anreize dafür bezahlt, dass sie in ihre Heimat zurückkehren. Zudem soll das Geld auch in Fällen plötzlicher und massiver Flucht aus einem Land – wie beim Kosovo-Krieg – eingesetzt werden. Als Flüchtlinge gelten im Sinne des Fonds auch Vertriebene und Asylbewerber.

Deutschland sprach sich bei dem Treffen zudem für ein umfassendes Zucht- und Einfuhrverbot von Kampfhunden in der Europäischen Union aus. Da ein nationaler Bann gegen die gefährlichen Hunde bei einem Europa der offenen Grenzen leicht umgangen werden könne, sei ein Vorgehen gegen die Hunde in allen EU-Ländern nötig. Der deutsche Staatssekretär im Justizministerium, Hansjörg Geiger, zeigte sich aber skeptisch, ob bereits bei dem Treffen konkrete Vorschläge verabschiedet werden könnten. Es handele sich um eine erste Debatte. In britischen Delegationskreisen wurde der Vorschlag bereits skeptisch aufgenommen.

Im Kampf gegen Rechtsextremismus

Deutsches Parlament wird gemeinsam aktiv

BERLIN: Alle Fraktionen des Deutschen Bundestags haben sich am Donnerstag für ein entschlossenes Vorgehen gegen den Rechtsextremismus eingesetzt. Jeder müsse sich in Deutschland sicher fühlen können, wurde angesichts der jüngsten Übergriffe betont.

Die Parlaments-Debatte war von grossem Ernst geprägt und spiegelte die von Parlaments-Präsident Wolfgang Thierse beschworene «Einigkeit der Demokraten» wider. Zu einer Kontroverse führte der Vorwurf an die Adresse der konservativen Opposition, sie bereite mit Kampagnen gegen die Ausländerpolitik den «Nährboden» für Fremdenfeindlichkeit. Innenminister Otto Schily nahm CDU und CSU in

Schutz. Schily bekräftigte die Entschlossenheit der Regierung, den Extremismus zu bekämpfen. Die Achtung der Würde des Menschen, wie sie in der Verfassung verankert sei, bleibe die Basis aller Bemühungen. National wie international würden alle Möglichkeiten genutzt, um extremistische Propaganda im Internet zu unterbinden. Thierse und andere Redner hoben hervor, dass Extremismus gegen Ausländer nicht nur ein ostdeutsches Phänomen sei. «Es ist nicht ein ostdeutsches Problem, aber da ist viel mehr abzuarbeiten, aufzuarbeiten», sagte Thierse. In der Bundestags-Debatte wurde zu einer sorgfältigen Prüfung eines Antrages zum Verbot der rechtsextremen Nationaldemokratischen aufgerufen.

Védrine in Moskau

MOSKAU: Der russische Präsident Wladimir Putin (Bild) hat bei einem Treffen mit dem französischen Ausserminister Hubert Védrine in Moskau Frankreich als «wichtigsten und in vielem unersetzlichen Partner Russlands» bezeichnet. Putin hoffe, dass sich die guten Kontakte zu Frankreich auch auf Russlands Beziehungen zur Europäischen Union auswirken, zielierte die Nachrichtenagentur Interfax am Donnerstag den russischen Präsidenten.

